

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 202-203  
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Verlagsabteilung:  
Dönhofzeitung 5-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Macdonalds Außenpolitik.

Paris, 15. Februar. (Eca.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London veröffentlicht eine Unterhaltung, die er gestern mit Ramsay MacDonald hatte. Dieser äußerte sich zuerst dankbar über das Vertrauen, das ihm die französische öffentliche Meinung entgegengebracht habe und fuhr dann fort: „Ich habe mich niemals für den Zusammenritt einer internationalen Wiederaufbaukonferenz verpflichtet. Die Aufrufe, die in dieser Absicht ausgesandt worden sind, sind ausgezeichnet, aber zu unbestimmt. Ich gebe ihnen Urhebern meinen Segen und wünsche ihnen Erfolg. Aber mein eigenes Ziel ist ein anderes.

Eine Konferenz muß das Ende und nicht der Anfang eines Kapitels sein.

Zudem müßte man die Probleme vollständig klären und es müßte insoweit zwischen der französischen und der englischen Regierung ein offener Meinungsaustausch durch die Botschafter der beiden Kabinette oder auch durch persönlichen Schriftwechsel erfolgen. Der englische Premierminister wünscht nicht, daß man seine Politik nach irgendeiner Bemerkung im Unterhaus beurteile. Es werde vorkommen, daß er andere Meinungen habe als man in Frankreich habe. Das habe keinerlei Bedeutung unter der Voraussetzung, daß dies ohne Hintergedanken mit der ehrlichen Absicht geschehe, Ideen zu erörtern und nicht Personen anzugreifen. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung wandte sich Macdonald gegen die „Strategie“ der Diplomatie aller Schule. Seine eigene Taktik sei sehr einfach. Sie bestehe darin, daß er geradeaus gehe. Infolgedessen dürfe man nicht jeden seiner Sätze untersuchen, um Hintergedanken zu finden, die nicht da seien. „Bei mir,“ sagte Macdonald, „ist der aufrichtige Wunsch vorhanden, dahin zu kommen, daß ich

### die beiden Europas

durch Regelung einiger wesentlicher Probleme mindere, und zwar, indem ich sie gemeinsam mit Frankreich regelt. Auch jedes andere Mitglied der Arbeiterregierung dürfte diese Politik verfolgen. Macdonald leitete ab, daß er aus idealen Gründen handele. „Ich habe keine Macht; gewünscht. Geld habe ich nicht nötig. Ich habe bei meinem einfachen Haushalt genug zum Leben. Wenn ich die Regierung übernommen habe, so geschah dies, weil ich an etwas glaube. Ich glaube nämlich, daß, wenn wir uns bemühen,

### die zukünftigen Generationen

besser und glücklicher sein können als die unsrige.“ Der Berichterstatter machte alsdann den englischen Premierminister darauf aufmerksam, daß nach seinen Erfahrungen in Deutschland diejenigen Elemente Boden gewinnen, die nicht an den menschlichen Fortschritt glauben. Macdonald antwortete hierauf, daß er das

erste Mal, als er nach dem Kriege nach Deutschland gegangen sei, auch

### staurige Beobachtungen

in diesem Sinne gemacht habe. Er habe in Deutschland ernsthafte Geister gefunden, die wirklich demokratisch seien, er habe dann aber bemerkt, daß sie den Mut und auch bis zu einem gewissen Grade ihren Einfluß verlieren. „Aber,“ sagte er, „ich glaube, daß wir dafür auch etwas verantwortlich sind, und daß wir nicht die beste Methode angewandt haben, um diese moralische Elite zu unterstützen, die heute von dem Elend fast vernichtet ist. Es gibt gute Elemente, man muß sie stärken.

Die imperialistischen, kriegerischen Gedanken der Junker muß man aus dem deutschen Volke herausstreifen.

Jedenfalls müssen wir zusammenarbeiten, sowohl auf moralischem als auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, um das zu vernichten, was dem Schlichten in Europa dient, und zwar muß man schnell handeln.“

### Macdonald über Rußland.

London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu der gestrigen Rede Macdonalds im Unterhaus sind noch folgende Stellen über Rußland nachzutragen. Macdonald erinnerte daran, daß im vergangenen Mai die russische Regierung in Beantwortung der englischen Forderung auf Entschädigung in dem Fischdampferkonflikt durch Krossin ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung einer Entschädigung hatte mitteilen lassen. Als die Forderungen im einzelnen überreicht wurden, wurden sie von den Russen zum Teil einer Nachprüfung unterzogen, zum Teil abgelehnt. Macdonald sagte, diese Ablehnungen erfolgten, nicht weil die russische Regierung sich von Krossins Versprechen loslöste, sondern weil sie sich vorbehalt, jede Forderung im einzelnen nachzuprüfen. Die Angelegenheit steht nun heute so: Wir haben die Versicherung erhalten, daß die Sowjetregierung weit davon entfernt ist, zu versuchen, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen, sich jetzt bemüht, angesichts der erfolgten Anerkennung der englischen Regierung in dieser Frage entgegenzukommen. Macdonald sagte, daß er der russischen Regierung eine neue Mitteilung in dieser Angelegenheit zukommen lassen werde. In diesem Schriftstück sei ausgeführt worden, daß England es für selbstverständlich erachtet, daß ihm die gleichen Entschädigungen gewährt würden wie jeder anderen Macht, die die Sowjetregierung anerkannt habe. Er tue jedenfalls sein Bestes, um die Angelegenheit in einer für beide Teile fairen Form zu regeln und würde eine starke Enttäuschung empfinden, wenn eine geschäftsmäßige Regelung dieses Streitfalles nicht erreicht werden könnte.

Rückkehr der deutschen Zivilbehörden in das Ruhrgebiet anempfehlen, aber nichts über die Abberufung der französisch-belgischen Besatzungstruppen sagen.

### Deutsche Denkschrift in Brüssel.

Paris, 15. Februar. (M.W.) Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet: Die am Montag von dem deutschen Geschäftsträger überreichte Denkschrift in der Frage des modus vivendi im Ruhrgebiet behandelt technische Fragen, die Veränderungen oder genauer gesagt Änderungen des Besatzungsregimes im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden betreffen. Das Schriftstück sei eben erst überreicht worden. Die belgische Regierung werde die zuständigen Persönlichkeiten, die Belgien im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden vertreten, und den Chefingenieur bei der Eisenbahnregie Hannecart, den Oberkommissar in der Rheinlandkommission, sowie den Oberbefehlshaber der belgischen Besatzungsarmee Burguet damit beauftragt. Sobald die belgische Regierung im Besitz der Ausfertigungen ihrer Sachverständigen sein werde, werde sie sich mit der französischen Regierung ins Benehmen setzen, welche Fragen der deutschen Note gegeben und welche Antwort auf sie erteilt werden soll.

Sthamer bei Macdonald. Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer habe heute eine eingehende Unterhaltung mit Macdonald. Dem „Eier“ zufolge soll hierbei über den Bericht der Sachverständigen, dessen Uebergabe bevorsteht, gesprochen worden sein.

Hoersch bei Millerand. Präsident Millerand wird den deutschen Botschafter v. Hoersch zur Ueberrückung seines Beglaubigungsschreibens am Sonnabend empfangen.

### Börse und Steuerverordnungen.

Die Börse erörterte heute sehr lebhaft die große Anzahl von Verordnungen, die am gestrigen Tage sozusagen in letzter Stunde erlassen worden sind. Das Hauptinteresse beansprucht naturgemäß die dritte Steuerreformverordnung und die Verordnung über die neue Börsensteuer. In beiden Fällen ist man sich über die Wirkungen für die Wirtschaft und die Börse noch nicht völlig im klaren. Man ist der Meinung, daß die 15 Proz. Aufwertung der hypothekaren und Obligationen in sehr vielen Fällen eine kaum tragbare Belastung der Wirtschaft bilden. Jedenfalls trugen diese gesetzgeberischen Maßnahmen dazu bei, die Unternehmungslust der Börse vorübergehend etwas lahmzulegen. Die Gesamttendenz war heute am Effektenmarkt eher etwas schwächer als ganz geringfügigen Umständen ziemlich klar ist die Enttäuschung am Markt der inländischen Anleihen zum Ausdruck. Anleihen gingen anfangs bis 130 zurück. Am Geldmarkt zeigt sich eine gewisse Erleichterung, doch wird für gleiches Geld noch immer 1/2 Proz. gefordert und gezahlt. Im Devisenverkehr trat heute die

## Was not tut.

Kritik der Wohnungswirtschaft.

Von Dr. med. Alfred Korach.

Unsere Wohnungswirtschaft von heute frantk daran, daß bevölkerungspolitische und fürsorgerische Gesichtspunkte vielerorts durchaus nicht in genügendem Maße gewürdigt werden. Die Wohnungswirtschaft umfaßt Aufgaben der Gebäubekonomie und der Menschenökonomie. Der geborene Menschenökonom ist aber der Arzt und Hygieniker; er ist der „Verwalter des organischen Kapitals des Staates“. Bei der Wohnungswirtschaft handelt es sich eben nicht nur darum, Platz zu schaffen für Wohnzwecke, Wände und Türen auszubessern, die Brückigkeit der Häuser zu vermindern, Keller trocken zu legen und Dachgeschosse auszubauen. Von enormer Wichtigkeit ist es, darauf zu achten, wie die Menschen beschaffen sind, die die verschiedenen Wohnungen innehaben oder in freizuerwerbende Wohnungen eingewie en werden sollen. Diese Aufgabe fällt aber in das ureigene Arbeitsgebiet des Sozialhygienikers.

Der Arzt als Bevölkerungspolitiker hat Ursache, sich aus grundsätzlichen Bedenken gegen eine ganze Reihe von Maßnahmen zu wenden, wie sie in vielen Wohnungsämtern üblicherweise getroffen werden. Da er die Bedeutung der Wohnungsbeschaffenheit für den Kampf gegen die Tuberkulose und die Säuglingssterblichkeit ganz besonders ernst zu würdigen weiß, wird er sich beispielsweise mit aller Kraft dagegen wehren, daß übergroßer Wohnraum gegen Entlohnung mehr oder weniger unbedeutender Abfindungssummen überlassen wird, die ihn aus Gründen der Bequemlichkeit begehren, während in zahllosen elenden Quartieren andere Menschen eng zusammengedrängt hausen und in hohem Maße Krankheiten ausgeht sind. Wenn es nun aber schon in manchen Fällen angezeigt sein mag, derartige Abfindungssummen durch die Wohnungsämter zu vereinnahmen, warum werden dann nicht die zur Verfügung gestellten Geldmittel wenigstens auch teilweise dazu verwendet, mittellosen Tuberkulösen Bettstellen zu geben!

Erste Einwendungen muß der Bevölkerungspolitiker erheben bei Beurteilung der Grundsätze, die für die Genehmigung des Wohnungstausches maßgebend sind. Das Lebensalter der Tauschpartner, ein sehr wichtiger wohnungswirtschaftlicher Gesichtspunkt, bleibt nämlich sehr zu Unrecht völlig unberücksichtigt.

Ein Beispiel für die geringe Beachtung bevölkerungspolitischer Interessen stellen auch die Verordnungen betreffs Errichtung von Wohnlauben dar. Es wird oft verlangt, daß bei Gewährung städtischer Baukostenzuschüsse zum Bau der Wohnlaube als Gegenleistung eine Stadtwohnung von mindestens einer Stube und Küche freigegeben und dem Wohnungssamt zur Verfügung gestellt wird. Der Bewohner der Laube darf nicht gleichzeitig eine Wohnung besitzen. Als Wohnung wählender wird er auf die Dauer von 10 Jahren nicht geführt. Während dieser Zeit darf er keine Stadtwohnung verlangen. Die Wohnlauben, die sich im übrigen durchaus nicht bewährt haben, pflegen nicht gerade sehr geräumig zu sein. Im Laufe von 10 Jahren kann aber eine ganz stattliche Anzahl von Kindern das Recht als Mitbewohner der Laube für sich in Anspruch nehmen. Ein auf 10jährige Dauer gestellter Bericht des Familienvorgesetzten auf einen Wohnungsanspruch dürfte also ganz unhaltbar sein.

Die praktische Mitarbeit des Verwaltungsarztes im Wohnungsamt hat, wenn sie erfolgreich sein soll, keine volkswirtschaftliche Schulung zur Voraussetzung. Sie verlangt aber auch eine gute Bekanntschaft mit der jeweiligen Lage des Wohnungsmarktes.

Eine der wichtigsten, in ihrer Bedeutung aber immer noch nicht genügend gewürdigten Aufgaben seines Wirkens im Wohnungsamt liegt auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose. Von ausschlaggebender Bedeutung ist seine Einwirkung auf die Art der Verteilung der Wohnungen, und zwar deshalb, weil es sich hierbei darum handelt, gesunde Menschen vor der Ansteckung durch tuberkulöse Mitbewohner zu schützen. Wenn der Sozialhygieniker es durchsieht, daß eine Familie, in der ein Mitglied tuberkulös ist, eine etwas größere Wohnung erhält und es auf diese Weise ermöglicht wird, den Kranken in einem eigenen kleinen Zimmer schlafen zu lassen, so haben den Hauptvorteil hiervon die gesundgebliebenen Angehörigen, deren drohende Ansteckung vermieden werden muß. Solche hygienischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge entsprechen ganz gewiß den Grundfahen einer verständigen Bevölkerungspolitik. Wohnungshygiene ist und bleibt die beste und billigste Tuberkulosebekämpfung, die unentbehrliche Grundlage für alle anderen erfolgversprechenden Maßnahmen im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Nicht minder bedeutungsvoll als die Arbeit des Sozialhygienikers auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge beim Kampfe gegen die Schwindsucht, in ihrer Wichtigkeit aber auch nicht in genügendem Maße anerkannt und bekannt, ist seine Einwirkung auf die Wohnungsplanung im Sinne der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Auch hierbei ist die wichtigste Vorbedingung für den Erfolg seiner Tätigkeit sein maßgebender Einfluß auf die Zuweisung geeigneten Wohnraums an die betreffenden fürsorgebedürftigen Familien. Wenn der Stadtarzt in der Begründung eines von ihm gestellten Antrages etwa sagt, es sei mit höchster Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Säugling A., der sich in einer heißen Bodenstube befinde, bei weiterem dortigen Ver-

## Vor dem Zusammentritt des Reichstags.

Die Reichsregierung hatte am Donnerstag eine Aussprache mit Vertretern der Koalitionsparteien über die Tagesordnung der ersten Reichstagsitzung und insbesondere über die Reform des Reichstagswahlrechts. Im Laufe des heutigen Tages verhandelt die Regierung über die gleiche Frage mit den Vertretern der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen. Ueber die Stellungnahme zur Wahlrechtsvorlage sollen die Fraktionen entscheiden. Ob und wann eine Regierungserklärung über die politische Lage erfolgt, ist noch nicht festgesetzt. Es ist aber anzunehmen, daß gleich die ersten Tage der Reichstagsverhandlungen eine Interpellation über die Vorgänge in der Pfalz bringen werden.

## Die Sachverständigen in Paris.

### In Erwartung neuer deutscher Berichte.

Paris, 15. Februar. (Eca.) General Dawes und die amerikanischen, englischen und französischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses sind, begleitet von dem technischen Personal und den Sekretären, heute nacht aus Berlin nach Paris zurückgekehrt. General Dawes drückte Pressvertretern gegenüber seine Zufriedenheit über die Hilfe aus, die dem Ausschuss von den deutschen Persönlichkeiten geworden sei, welche berufen waren, sich vor dem Sachverständigenausschuss in Berlin hören zu lassen. Einem Berichterstatter des „New York Herald“ erklärte Dawes: „Es wird die Ankunft zahlreicher Altensätze hier erwartet, die am Montag von den Sachverständigen geprüft werden sollen. Der Direktor der Reichsbank, Dr. Schacht, wird Montagmorgen hier erwartet. Man nimmt an, daß er mehrere Berichte mit sich führen wird, die die deutsche Regierung zu erstatten versprochen hat, die aber noch nicht fertiggestellt waren. Nach Anhörung Dr. Schachts werde der Ausschuss an die Ausarbeitung seines Berichtes herangehen, und er glaube, daß dieser noch vor dem 1. März fertiggestellt sein werde.“

Paris, 15. Februar. (Eca.) Der „Daily Mail“ zufolge verläßt, daß der Erste Sachverständigenausschuss in seinem Bericht versuchen wird, eine Gesamtsumme für Deutschlands Zahlungsfähigkeit aufzustellen; er werde es als wünschenswert bezeichnen, Deutschland ein Moratorium von zwei bis drei Jahren für seine Verbindlichkeiten zu gewähren. Nach Beendigung dieser Zeit werde Deutschland in der Lage sein, eine bedeutende Jahresrate bis zur Tilgung seiner Reparationschuld zu zahlen. Der Ausschuss werde auch darauf ausgehen, die augenblickliche Ruhrabgabe und die Auflagen in das allgemeine System, das man vorschlagen werde, aufzunehmen. Der Ausschuss werde die



bleiben in kurzer Zeit sterben dürfte, so wird kein Mitglied einer Wohnungskommission es auf sich nehmen, diesen Antrag auf besondere Berücksichtigung bei der Wohnungsverteilung abzulehnen.

Für die Beurteilung der Dringlichkeit eines Antrages auf Wohnungszuweisung läßt sich ein allgemein gültiger Maßstab nicht aufstellen. Es ist aber durchaus notwendig, daß für jeden wohnberechtigten Bürger trotz der Wohnungsnot, ja gerade wegen der Wohnungsnot, ein Mindestanspruch auf Wohnraum festgesetzt wird, der kurz gefaßt lauten könnte: „Jede Mensch ein Bett!“ Würde diese an und für sich klingende Forderung erst einmal durchgeführt, so wäre unendlich Vieles und Segensreiches geschaffen.

An Maßnahmen zur Vinderung der Wohnungsnot dürfen sich besonders folgende empfehlen. Erstens einmal ist es notwendig, daß der vorhandene und verfügbare Wohnraum auch wirklich zu Wohnzwecken erfaßt wird. Zweitens wäre der schleunige Ausbau der Einrichtungen der ergänzenden Wohnungsfürsorge, also der Krippen, Horte, Wärme- und Befehalten, der Heime und Obdach für jung und alt erforderlich, gerade in der Zeit des Kohlenmangels und der schrecklich wachsenden wirtschaftlichen Not weitesther Bevölkerungsschichten. Ferner dürfte es sehr erwägenswert sein, ob sich nicht bei der furchtbaren Enge, die in zahllosen Quartieren herrscht, zwecks schneller Bekämpfung der Doppelbelegung von Lagerstellen die Einführung von Etagenbetten als Notstandsmahnahme vorübergehend empfiehlt. Um dem Einwand der Unbequemlichkeit zu begegnen, könnte man Küchenappartements gleichzeitig zur Verfügung stellen. Es ist immerhin besser, daß Etagenbetten benutzt werden, als daß zwei oder mehr Personen in einem einzigen Bett nähnigen und sich hierdurch einer ganz besonders hohen Gefahr der Tuberkuloseinfektion aussetzen. Namentlich auch für Jugendliche dürften sich die Etagenbetten recht gut eignen.

Freilich einen entscheidenden Einfluß auf die Vinderung der Wohnungsmißstände wird erst eine großzügige Siedlungspolitik herbeiführen können.

## Helfferrich als Ankläger.

Gegen die Steuerfäden der Volksparteier.

Wenn zwei sich streiten, erfährt man die Wahrheit. Das offizielle Organ der Volkspartei, die „Natib. Korrespondenz“, hatte Helfferrich unlängst stark angegriffen, weil er sich als Reichsschatzsekretär während des Krieges auf die künftige einzutreibenden Kriegsschuldigungen verlassen und die Einbringung von Steuervorlagen verabsäumt habe. Das veranlaßt nun wiederum Herrn Helfferrich, seine Erinnerungen aus der Zeit seiner amtlichen Tätigkeit aufzutischen und in der deutschnationalen Presse gegen die sich jetzt Volksparteier nennenden Nationalliberalen folgende Vorwürfe zu erheben:

Niemand hat in meiner Zeit als Reichsschatzsekretär und, soweit ich orientiert bin, auch nach meinem Nachfolger bis in das Jahr 1918 hinein stärker und dauernder auf die amtliche Proklamation der Forderung nach voller Kriegsschuldigung gedrängt, als gewisse führende Vertreter der damaligen nationalliberalen Partei, die sich auch sonst durch die Propaganda für weitgesteckte Kriegsziele auszeichneten.

Sofort nach Uebnahme des Reichsschatzamt habe ich die Vorbereitung von Steuervorlagen angeordnet.

Bei meinen ersten Unterhaltungen mit den einzelstaatlichen Finanzministern habe ich darauf hingewiesen, daß bei einer Dauer des Krieges über den Herbst hinaus, die mir übrigens der Chef des Generalstabes von Falken hahn als unwahrscheinlich bezeichnet hatte, das Reich auf Kriegsteuern nicht verzichten könne; daß ich es ferner für nötig erachtete, daß die Einzelstaaten ohne ein Vorgehen des Reiches abzuwarten, für ihren gesteigerten Finanzbedarf durch eine frühzeitige Erhöhung der direkten Besteuerung Vorkehrungen treffen müßten.

Die Ankündigung meiner Absicht, von Reich wegen Kriegsteuern auszuscheiden, hat in der Presse, im Bundesrat und im

Reichstag heftigen Widerspruch erregt; u. a. ist damals der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei, Herr Boffermann, zu mir gekommen, um mich — wie er sagte — in meinem eigenen Interesse auf das dringendste zu ersuchen, keine Steuervorlagen an den Reichstag zu bringen. In dem etwas bewegten Verlauf der Unterhaltung machte Herr Boffermann die Andeutung, ich müßte unter Umständen mit einer Vereinbarung der Parteien rechnen, über die Steuervorlagen ohne Distinktion zur Tagesordnung überzugehen. Ich antwortete, gegenüber einem solchen Versuch würde ich in öffentlicher Reichstagsitzung erklären, daß ich das Untertanen des Versuches, wenigstens den ordentlichen Haushalt einschließlich der Kriegsanleihe durch Kriegsteuern in Ordnung zu halten, als eine unverantwortliche Gewährleistung der Kriegführung betrachten müßte, die mit meinem Amt und Namen zu bedecken ich unter keinen Umständen gesonnen sei.

Herr Helfferrich sagt dann weiter, daß ihm die Durchbringung der ersten Kriegsteuern nur „nach Ueberwindung der unglaublichen und unanständigen Quertreibereien“ gelungen sei, und meint, das primitivste Schamgefühl und die primitivste Vorsicht müßten die „Natib. Kor.“ davon abhalten, ihre Angriffe fortzusetzen. Denn sie könne keinen Preis abschließen, der nicht rettungslos auf ihre Hintertreter zurückfalle.

Herr Helfferrich vergißt nur hinzuzufügen, daß das Spiel jetzt mit vertauschten Rollen weitergespielt wird, und daß jetzt er und seine Partei es sind, die auf die niedrigsten Instinkte der besitzenden Klassen spekulieren, indem sie mit patriotischen Phrasen herumwerfen, gegen jedes finanzielle Opfer für das Vaterland mit den „unglaublichen und unanständigen Treibern“ kämpfen. Aber, je mehr er sich ändert, desto mehr bleibt er derselbe.

## Die Berliner Demokraten.

Wer wird Spitzenkandidat?

In der Demokratischen Partei von Berlin fällt heute die Entscheidung darüber, wer zu den kommenden Reichstagswahlen als Spitzenkandidat aufgestellt werden soll. Ein Teil der Partei beabsichtigt, den bisherigen Spitzenkandidaten, Herrn v. Siemens, wieder aufzustellen, während ein anderer Teil an der Spitze lieber einen Kandidaten sehen würde, der durch demokratische Aktivität und soziales Verständnis in die breiteren Volksschichten hinein werbend wirkt. Gegen Herrn v. Siemens wird geltend gemacht, daß er durch seine ausgesprochene Arbeitgeberstellung und seine enge Verbindung mit Siemens — im Rhein-Elbe-Kongress — zu weit nach rechts geraten sei, abgesehen aber davon im Reichstag und in der Partei keine Rolle spiele. Man hat es also mit zwei Strömungen in der Demokratischen Partei zu tun, von denen die eine mit dem alten Berliner Bezugskreis, Richtung Kopsch, identisch ist, während die andere eine Weiterentwicklung der Partei im Sinne von Proh und Rathenau anstrebt. So ist auch die Demokratische Partei von dem sozialen Zwiespalt berührt, der heute durch alle bürgerlichen Parteien hindurchgeht.

## Politik / Schule / Schulfest.

Am 12. Januar wurde eine Lehrerin der Berufsschule Weimar auf eine Denunziation hin in Schulfest genommen. Genosse Steinbock wandte sich darauf beschwerdeführend an das Reichswehrministerium. In der Antwort, die General Seckel auf die Beschwerde erteilte, heißt es, die Lehrerin sei verhaftet worden, weil sie sich abfällig über die Reichswehr geäußert und zum Revolutionsgedächtnistage ein hebräisches Lied diktiert hatte. Der Haftbefehl sei nach Suspendierung der Lehrerin vom Dienst am 26. Januar wieder aufgehoben worden.

Wenn die Reichswehr sich um alle „hebräischen“ Gedichte in der Schule kümmern wollte, hätte sie sicher jeden Tag einige Dutzend Lehrer und Lehrerinnen in Haft zu nehmen. Denn noch bis heute sind die Völkischen und Deutschnationalen im Lehrkörper der höheren Schulen weit in der Mehrzahl. Und in der republikanischen Presse ist schon unzählige Male auf „hebräische“ Äußerungen antirepublikanischer Lehrkräfte hingewiesen worden. Hat man je gehört, daß eine einzige von ihnen suspendiert und gar auf 14 Tage ohne Richter-

spruch ins Gefängnis gesteckt wurde? Das blieb der Reichswehr in Thüringen vorbehalten. Nachdem sie jetzt ihren Zweck erfüllt hat, nämlich dem Ordnungsbund zur Herrschaft zu verhelfen, wird sie nach weiteren 14 Tagen abberufen. Die Opfer wird die Republik zu tragen haben.

## Der Erisapfel.

Neben den Kommunisten, die ihre Aufgabe darin erblicken, die Sozialdemokratie zu zerlegen und zu vernichten, besteht immer noch eine kleine Gruppe, die sich U.S.P. nennt und die im Haß gegen die Vereinigte Sozialdemokratie mit der R.P.D. weiteifert. Sie entstand bekanntlich, nachdem einige Mitglieder der früheren Unabhängigen Partei die Vereinigung von Nürnberg nicht mitmachte und unter Ledebours Führung sich „verleibständigten“. Inzwischen sind sowohl Ledebour wie sein Reichstagskollege Wegmann und der Landtagsabgeordnete Ruch aus der von ihnen selbst gegründeten Partei hinausgeworfen worden. In dem Berliner Blättchen dieser Partei finden wir heute einen Artikel mit der vielversprechenden Ueberschrift: „Sozialisten, schließt die Reihen!“. In ihm werden die Reihen nun in diesem Saal geschlossen:

„Was Wegmann in Chemnitz mit seinen Wortklaubereien verzapfte, hätte ich von einem Reichstagsabgeordneten der U.S.P. denn doch nicht erwartet. Er hat es sehr gut verstanden, den Apfel der Eris zu werfen, um die organisatorischen Fragen zu unterbinden. Wie ich sehe, ist Wegmann bis heute der gleichen Ansicht und spielt er die gekränkte Leberwurst.“

Es ist sicher wunderschön mit einer Partei befreundet, in der eine „gekranzte Leberwurst“ den „Apfel der Eris“ wirft, um — organisatorischen Fragen zu unterbinden. Von Ledebour wird sogar behauptet, daß er „eine eigenen Früchte jetzt mit Schmutz bewirft, so daß das Aussehen der Partei dadurch stark verleht wird.“

Das alles ist recht unterhaltsam für die Gegner der Arbeiterklasse. Sie haben keine größere Freude, als wenn sich Sozialisten streiten. Aber sollten aus diesem Streit unter den Anhängern der Ledebour-Liebhaber-Gruppe nicht auch unsere eigenen Partei genossen etwas lernen können?

## Die Maßnahmen in der Pfalz.

Speyer, 15. Februar. (W.T.B.) Gestern nachmittag wurden die städtischen Vertreter, Vertreter des Kreisrates sowie drei Vertreter der pfälzischen Presse von dem von der Interalliierten Rheinlandkommission eingesetzten Sonderauschuß empfangen. Die Kommission, so wurde in der Aussprache über die gegenwärtige Lage in der Pfalz erklärt, sei gekommen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, wobei sie die Hilfe der Bevölkerung, des Kreisrates und der Presse beanspruchen müsse. Die Bevölkerung, welcher Parteirichtung sie auch angehöre, werde aufgefordert, mit unbedingter Ruhe die Maßnahmen, welche getroffen würden, abzuwarten. Unruhen, Kundgebungen usw. werden bestraft.

Kaiserslautern, 15. Februar. (W.T.B.) Durch Verfügung des Kreisdelegierten der Pfalz sind sämtliche Sport- und Studentenvereinigungen im Bezirk Kaiserslautern aufgehoben worden.

Mainz, 15. Februar. (Cca.) Der französische Vertreter in der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, hatte heute vormittag eine Konferenz mit General Degoutte über die Maßnahmen, die von den Militärbehörden zu ergreifen sind, um die Unruhen zu unterdrücken, und die Ordnung wiederherzustellen. Der Belagerungszustand der Pfalz, Beginn der Befragung nur ein einziges Mal in Mainz bei Gelegenheit schwerer Unruhen proklamiert wurde und der auch gestern in Pirmasens auf einstimmige Anordnung der Rheinlandkommission verhängt worden ist, gibt den Militärbehörden ausgedehnte Vollmachten. Zahlreiche Hausdurchsuchungen sind vorgenommen worden. Entsprechend den gegebenen Befehlen werden die Wege und Straßen bewacht und die Rheinbrücken geschlossen. Der Nachtverkehr und der Verkehr im Auto wird untersagt. In mehreren Städten werden alle Versammlungen und jedes Zusammenstehen von mehr als 5 Personen in den Straßen verboten. Tirard hat der Rheinlandkommission ferner vorgeschlagen, ein außerordentliches Strafregime gegen die Mitglieder der Geheimbünde sofort in Kraft zu setzen.

## Das Rätsel der Zeugung.

Zum Tode Jacques Loeb's.

Professor Jacques Loeb, der, wie schon kurz gemeldet, soeben in Bermuda gestorben ist, war einer jener zielbewußten Forscher, die in stiller, jäher Gelehrtenarbeit unsere Erkenntnis bis in ein Gebiet getragen haben, das bis vor kurzem jenseits der Grenzen zu liegen schien, die dem Menschengeist zugänglich waren. Das unerforschlich scheinende Rätsel der Entstehung des Lebens, das große Geheimnis der Zeugung, ist von ihm entschlüsselt worden.

Jacques Loeb, der während dreier Jahrzehnte in Amerika forschte hat und Bürger der Vereinigten Staaten geworden war, ist ein Deutscher gewesen. Er war am 7. April 1859 zu Wangen im Rheingebiet geboren, aber schon als Schüler nach Berlin gekommen. In Berlin, München und Straßburg studierte er Medizin und Physiologie, wurde 1885 Assistent am Physiologischen Institut in Würzburg, zwei Jahre später in Straßburg und ging 1890 an die deutsche Zoologische Station nach Neapel, um dort biologische Forschungen zu treiben. Seine Hoffnung, an einer deutschen Universität einen Lehrauftrag zu erhalten, schlug fehl; deshalb folgte er einem Ruf als Professor am Bryn Mawr College in Pennsylvania. Er wirkte später an anderen amerikanischen Universitäten und nahm schließlich seinen Wohnsitz in New York.

Im Jahre 1911 hielt er gelegentlich des ersten Ministertages in Hamburg einen bedeutenden Vortrag über das Wesen des Befruchtungsvorganges. Zu seinen scharfsinnigen Untersuchungen auf diesem Gebiet war Loeb durch die schon in jungen Jahren begonnene Untersuchungen über den sogenannten „Heliotropismus“ bei Tieren gekommen. Jedermann weiß, daß sich die Pflanze stets dem Licht zuneigt; Loeb wies nun nach, daß sich einfache Lebewesen in dieser Beziehung nicht anders verhalten als Pflanzen. Um bei seinen Untersuchungen nach Möglichkeit die störenden Einwirkungen des Gedächtnisses auszuschalten, experimentierte er mit Arten ganz niedriger Gattung; mit Blattläusen. Er setzte diese in ein Probierglas, das verbunden war, und in das nur durch einen kleinen Spalt Licht einfallen konnte. Da zeigte sich, daß alle Blattläuse stets dem erleuchteten Teil des Glases zustrebten, um an der hellen Stelle wie gebannt sitzen zu bleiben. Das Ergebnis war stets das gleiche, wie auch das Glas gedreht und gewendet wurde.

Einen bedeutungsvollen Schritt weiter auf dem Wege zur Erkenntnis der im Dunkel liegenden biologischen Vorgänge tat Loeb durch seine Untersuchungen über die künstliche Parthenogenese. Schon seit 75 Jahren weiß man, daß zur Erzielung eines neuen Lebewesens der Eintritt einer Samenzelle in das weibliche Ei erforderlich ist, doch aber bei niederen Organismen, wie zum Beispiel bei den Bienen, auch die sogenannte „Jungfernzeugung“ vorkommt. Dieses lange Zeit nur von den Morphologen bearbeitete Gebiet erweiterte Loeb in bedeutungsvoller Weise durch den Nachweis, daß die Zeugung des neuen Lebewesens im Ei die Folge eines chemischen Prozesses ist, der in der Hauptsache auf Oxidation beruht. Nicht die Verschmelzung der Samenzelle mit dem Zellkern des Eies ist das

Ausgangspunkt, sondern die Anwesenheit freien Sauerstoffes. Entzieht man dem befruchteten Ei den Sauerstoff, dann tritt weder Kernteilung noch Zellteilung ein — das sind nämlich die zuerst wahrnehmbaren Entwicklungsveränderungen im befruchteten Ei. Im Verfolg dieser Arbeit fand Loeb, daß besonders die Salze für die Entwicklung des Lebewesens in seinen ersten Stadien eine große Rolle spielen. In langwierigen Versuchen mit Seeigeln vermochte er festzustellen, daß aus unbefruchteten Eiern eines Seeigels normale Larven hervorgehen, wenn die Eier für kurze Zeit aus normalem Seewasser in hypertenisches Seewasser (Seewasser mit einem bestimmten Gehalt an Kochsalz) vermischt) gebracht wurden. Diese Versuche dehnte er auch auf Eier einer Reihe anderer niedriger Tierarten aus, und das stets gleichartige Ergebnis ließ keinen Zweifel mehr daran, daß die Samenzelle als Mittel der Befruchtung entbehrlich und daß es möglich ist, das tierische Ei auf chemischem Wege zur Entwicklung zu bringen.

Zahlreiche jüngere Forscher haben sich diesem von Loeb neu erschlossenen Gebiet zugewandt und zum Teil weitere, höchst bedeutsame Ergebnisse erzielt. So konnte der französische Gelehrte Bataillon die Entwicklung eines Froscheis lediglich durch einen feinen Radelfisch erzielen, der also die gleiche Wirkung auslöst wie das in das Ei sich einbringende Spermatozoon. Die Sensation der im Jahre 1912 in Washington veranstalteten Hygienekonferenz war ein kleines Gläschen, das in Spiritus einen beinahe völlig ausgewachsenen Frosch enthielt, den Loeb auf diese Weise erzeugt hatte.

Wertvolle Untersuchungen hat Loeb auch auf dem Gebiet der Regeneration und Heteromorphose angestellt. Unter Regeneration versteht man die Eigenschaft niedriger wirbelloser Tiere, abgetrennte Organe und Körperteile neu zu bilden. Die Heteromorphose ist die Erzeugung eines abgetrennten oder ausgeschnittene tierischen Organes durch ein beliebiges anderes, das morphologisch dem abgetrennten nicht gleichwertig ist. Diese Versuche haben namentlich bei niederen Reptilien die verblüffendsten Ergebnisse gezeigt; es ergab sich so die Möglichkeit der Schöpfung in der Natur überhaupt nicht vorkommender Arten. Auch hier wies Loeb die ausschlaggebende Bedeutung des chemischen Reizes für das Wachstum nach, das überhaupt nur eine Funktion der in den Zellen enthaltenen Wassermenge ist. Ohne Zellwasser gibt es kein Wachstum. Immer tiefer dringt der menschliche Vorhergeist in die verborgenen Geheimnisse der Lebensvorgänge ein; Jacques Loeb, der der Wissenschaft zu früh entziffen worden ist, hat unsere Erkenntnis vom organischen Werden als einem chemischen Prozesse ungeahnt erweitert.

Einen Volkstheaterabend veranstaltete der Berliner Volkstheater unter seinem Direktorien Dr. Ernst Kander im großen Saale der Hochschule für Musik und unter Mitwirkung des Bläserorchesters der Staatsoper. Die vorgetragenen Volkslieder, die von Meistern wie Scholz, Georg Schumann, Franz Wolfram, Gerstheim, Huber, Knorr und Arnold Mendelssohn rezent waren, verwirklichte sich in ihren ursprünglichen rein volkstümlichen Absichten insoweit, als auf einen ausdrucksvoll skizzierten und bis in die feinsten Empfindungen hinein gefühlvollen Chorkomplexion nach dem Muster etwa Meißner Rübels oder Siegfried Dohs' verzichtet

wurde. An sich wäre das belanglos, wenn sich Eindruck und Wirkung nicht in ihrer Gleichförmigkeit von Lied zu Lied, ja von Strophe zu Strophe abgemessen hätten, ja es erweckte das Gefühl, daß diese gleichförmige Einförmigkeit aus einer Unbeweglichkeit der Chormassen in der Hand des Dirigenten erwähle, oder, daß der Dirigent nicht die werbende Kraft für ein die Erdenbewegte aufstrebendes beschwingteres Mägen des Chores besitzt. So wurde das Bewußtsein gefüllt, daß von diesem unbedingt bildungsbedürftigen und zu hohen Zielen erreichbaren Chormaterial dringend benötigte Wünsche erfüllt werden müssen. Dazu bedarf es insbesondere Auscheidung schadenhaftiger Erscheinungen, wie z. B. die untreue Aussprache des el, welches von den Frauenstimmen durchgängig noch oi gefärbt wird, der vielfache rauhe Einsatz der Männerstimmen, besonders der Tenöre, das Schreien der Löwe bei neuentstandenen Stimmen, am auffälligsten beim Strophenanfang. Eine gefälligmäßig entwickelte, kinglyschiffene Wortauswahlung bleibt vorläufig frommer Wunsch. Das sind aber alles Dinge, die ein Chor an sich's besser lernt, als am schlichten Volkstheater, wenn er seine Ziele bewußt erkennen und schauen lernt. — Auch das Wasserleit hätte die acht individuellen Freiheiten zwingender zu einer achtsachen Einheit zusammenschließen dürfen. Es mag sein, daß ein kleiner Unfug zu Beginn des Handlichen Offiziers die Stimmung der acht Herren beeinträchtigt.

Eine Gedächtnisfeier für August Stramm veranstaltete der Anzums-Klub. Dr. Behne, der über die Bedeutung des 1915 gefallenen Dichters sprach, aus von der Aufführung seines Dramas „Rubinmännchen“ in der Volksbühne aus. Wenn die Kritik, so meinte er, im allgemeinen „Rubinmännchen“ als ungeheuer naturalistische Komödie anspricht, so bewies sie damit ihr Unverständnis mit dem wahren Wesen des Dramas. Es führt im Gegensatz zu den ersten in Berlin erschienenen naturalistischen Stücken, Gerhart Hauptmanns „Der Sonnenaufgang“ und Holz' und Schöls „Familie Selke“ in künstlerisches Niveau. Während diese Autoren nur auszusprechen haben, wozu man bis dahin nicht den Mut gehobt hatte, also nur die Grenze des auf der Bühne Zulässigen erweitert im übrigen aber keinen neuen Kurstypus geschaffen haben, steht Stramm, umbeirrt durch Sentimentalitäten, soziale Mißstände und geht dabei nicht vom Einzelschicksal, überhaupt nicht vom Menschen, sondern vom Raum aus. Stramm bringt in konzentrierter Form idealistische Tragik, die Tragik des Raumes, der menschlich seine Opfer fordert, der die Gehirne verkümmern, seine Menschen rubinmännchen bleiben läßt. — Wenn wir auch nicht in allen Punkten mit Dr. Behne übereinstimmen, so danken wir ihm, daß er wichtige Anregungen neben und künstlerische Pleie ausgezogen hat. Einem bemerkenswert verdienstvollen Publikum verfuhr die junge Sohn des Dichters durch den Vortrag irischer Dichtungen Einblick in das Wesen der gedrückten Ertritte von Stimmung und Gefühl zu verschaffen, die wir in den leidenschaftsgeballten Gedichten Stramm's kennen. Dag.

Museumsführungen. Sonntag, den 17. 64, Uhr vorm. finden öffentliche Führungen im Alten Museum, „Anlassmann“ (Dr. Köhler), im Kaiser-Friedrich-Museum, „Malerie des Hofes“ (Dr. Bek) und im Museum für Völkerkunde, „Kultur und Völkerkunde“ (Dr. Köhler) statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.



## Auflösung der Reichsbahn.

### Ein verhängnisvoller Schritt des Reichsverkehrsministers

Der Reichsverkehrsminister ist im Begriff, die erst nach der Revolution geschaffene Reichsbahn wieder in ihre Bestandteile aufzulösen. Wie schon bekannt, hat er in Uebereinstimmung mit dem Kabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Reichsbahn zu einem aus dem Etat des Reiches losgelassenen selbständigen Unternehmen machen lassen und dabei, ebenso wie der Postminister, den bayerischen Reservatwünschen besondere Zugeständnisse gemacht.

Deshalb wird nun offiziell erklärt, daß der Reichsverkehrsminister eine weitgehende Dezentralisation aller Geschäfte, die sich hierfür eignen, anstrebe. Da das bayerische Reich der Reichsbahn, das in der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums zusammengefaßt ist, einen geschlossenen Körper umfasse, der sich besonders für die Verwirklichung dieser Pläne eigne, hätten darüber in den letzten Tagen mit der bayerischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, die zu folgendem Ergebnis geführt haben:

In Bayern wird die Verwaltungsstelle im Rahmen des allgemeinen Anordnungsrechts der Hauptverwaltung in Berlin das bayerische Reich selbständig verwalten, insbesondere auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung, des Verkehrs und Betriebs, der Personalangelegenheiten, der finanziellen Erhaltung und der Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigen Betriebsmitteln für das Reich. Besonders Wert legt der Reichsverkehrsminister auf die unmittelbare Führung der Gruppe Bayern der Deutschen Reichsbahn mit der Landesverwaltung und den Kreisen der Wirtschaft. Auch hierüber wurden besondere Vereinbarungen getroffen.

Die offizielle Notiz fügt selbst hinzu, daß sich diese Vereinbarungen auch auf die anderen Bezirke auswirken werden und daß infolgedessen Verhandlungen mit den anderen Länderregierungen angebahnt seien.

Es erscheint uns ganz unmöglich, daß solche Zugeständnisse an die bayerischen Partikularkreise gemacht werden können, ohne daß z. B. der größte Einzelstaat Preußen dieselben Rechte für sich in Anspruch nehmen muß. Das preussische Eisenbahngesetz, das seinerzeit in die Reichsbahn überging, ist um ein Vielfaches größer gewesen als das Bayerns. Das gleiche trifft hinsichtlich des Personalbestandes zu. Wenn jetzt die bayerische Landesregierung direkten Einfluß auf die Personalangelegenheiten der Reichsbahn nehmen darf, so bedeutet das eine Gefährdung der Einheitlichkeit der Reichsbahn, wie es in größerem Ausmaß überhaupt nicht gedacht werden kann. Der Staatsvertrag, der die einheitlichen Bahnen zur Reichseisenbahn verschmolz, sieht sicher nicht vor, daß nachträglich auf dem Umwege über direkte Verhandlungen die Einheitlichkeit wieder zerbrochen werden darf.

Wir müssen deshalb erwarten, daß die preussische Regierung ihre vollen Rechte, die sich aus dem Staatsvertrage ergeben, geltend macht und so verhindert, daß lediglich ein Staat aus seinen partikularkreislichen Bestrebungen Gewinn zieht, während Preußen sein außerordentlich wertvolles Eisenbahngesetz einem imaginären Begriffe opfert. Man darf auf die Verankerung der preussischen Staatsregierung in dieser Angelegenheit gespannt sein. Wir können uns nicht denken und würden es auf keinen Fall billigen, daß dieses größte Reichsmitglied die Verfestigungsbemühungen aus Ruhr-Bayern zusehen würde.

Die Reichsbahn reformiert im übrigen kräftig. Sie will vom 1. März ab die Fahrpreise folgendermaßen gestalten: IV. Klasse 3 (bisher 2,2) Pf. für den Kilometer, Erhöhung 35 Proz.; III. Klasse 4,5 (bisher 3,3) Pf., Erhöhung 35 Proz.; II. Klasse 6,6 Pf. (unverändert); I. Klasse 9,9 (bisher 13,2) Pf., Ermäßigung 25 Proz. In der Verkehrszeit kostete des Kilometer in 4. Klasse 2 Pf. Der künftige Preis bedeutet also für die Fahrt der Armen eine Verteuerung um 50 Prozent! Die dritte Klasse soll in Zukunft soviel kosten, wie die zweite vor dem Kriege!

Die Reichsbahn lobet alle ihre Lasten auf die Schultern der bestafftesten Bevölkerungskreise!

## Landtagsbeginn in Thüringen.

Weimar, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der neugewählte Landtag wird am 21. Februar zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Er wird sich nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis aus 35 Ordnungsbildern, 7 Sozialisten, 13 Kommunisten und 17 Abgeordneten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammensetzen.

## „Wahlfreiheit“ in Bayern.

München, 14. Februar. (Gaa.) In der heutigen Landtags-Sitzung wurden die Anträge der Demokraten und der Sozialdemokraten auf Aufhebung bzw. Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei abgelehnt. Dagegen fanden die Auswahlschlüsse betreffend Sicherung der Wahlfreiheit einstimmige Annahme. Nach diesen Beschlüssen ist während der Wahlzeit die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit im Rahmen von Gesetz und Verfassung wieder herzustellen. Verbote von Zeitungen und Druckschriften dürfen nur unter Angabe der Gründe verhängt werden. Der Antrag, wonach den Angehörigen der äußersten Parteien während der Wahlzeit die gleiche Versammlungsfreiheit zu gewähren ist, wie den übrigen Parteien, fand Annahme. Die Anträge, die sich auf die Schutzhafheit beziehen, fanden in Annahme eines Antrages der Mittelpartei Erledigung, wonach die Regierung dahin wirken soll, daß alle diejenigen Personen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 8. und 9. November in Haft genommen worden sind, aus der Haft entlassen werden sollen, soweit bis heute Anklage wegen eines Verbrechens nicht erhoben ist oder Verdunkelungsgefahr nicht vorliegt. Auch ein Antrag auf Aufhebung des Verbotes der bayerischen Presse wurde gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Dagegen wurde der Antrag auf Zurücknahme der Ausweisung des Studenten Leo Ploper, und die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der verbotenen Kommunisten und auf Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Presse und Literatur abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde auch der Antrag auf Aufhebung des Verbotes der Postportage des „Vorwärts“, des „Berl. Tageblatts“, der „Voss. Zig.“ und der „Frankfurter Zig.“

Das Volksbegehren in Sachsen. Nachdem das sächsische Gesamtministerium die Anträge auf Einleitung eines Volksbegehrens über die Aufhebung des Landtages abgelehnt hat, erklärt der Landesarbeitsausschuß der USPD heute in der „Deutscher Volkszeitung“ erneut einen Aufruf zur Unterzeichnung des Volksbegehrens und fordert alle Parteigenossen zur Eintragung in die aufgelegte Liste auf.

Der Führer der Roffach-Gruppe in München, Leutnant a. D. Heines, der im Zusammenhang mit dem Novemberputsch gefaßt wurde, ist bei der Aufhebung einer verbotenen Versammlung der Nationalsozialisten verhaftet worden.

## Fort mit dem Rohrstock.

Es ist vorläufig nichts bekannt geworden, ob der Herr Lehrer, dessen Prügelstock die Mutter zerbrochen hat (siehe „Vorwärts“ Nr. 73, 1. Beil.), wegen Uebertretung des „Züchtigungsrechtes“ in dem vom Elternrat geschiedenen Falle zur Rechenschaft gezogen worden ist. Züchtigungsrecht, wird sich so mancher wundern, gibt es denn so etwas? Jawohl, man lese und staune. Laut § 50 der Rabinetsorder vom Jahre 1825 darf die Schulzucht niemals bis zur Mißhandlung, durch die die Gesundheit des Kindes auch auf entfernte Art geschädigt werden könnte, ausgedehnt werden. (Also existiert dieses Recht.) So vor 100 Jahren. Und heute stehen wir nicht einmal mehr auf diesem Punkt. Es ist ja nicht allzu lange her, daß von der Behörde verlangt wurde, es möge in die Strafprozedur ein Paragraph aufgenommen werden, wonach nur diejenige Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes strafbar sein soll, die Verletzungen zur Folge hat; in allen anderen Fällen soll von der vorgelegten Behörde auf disziplinarischem Wege vorgegangen werden.

Die Wurzeln des Übels liegen tiefer. Das Prügelein ist eine Volksunflut. Man glaubt, ohne sie nicht auskommen zu können, man überträgt sogar sein Elternrecht am Prügel fremden Menschen. Die Mutter, abgesehen, überarbeitet, unterernährt und nervös, verfehlt dem kleinen Kinde, damit es auf der Stelle gehorcht, einen Klaps; älter geworden, erhält es unter Umständen auch eine Ohrfeige, ist es endlich alt genug, so muß es gar eine Tracht Prügel über sich ergehen lassen. Wie das Kind dadurch sittlich und auch physisch gefährdet wird, daran denkt man wenig. Eigensinn, feilsche Entfremdung gegenüber den Eltern, verlegtes Ehr- und Schamgefühl, Minderwertigkeitsgefühl, an dem es sein ganzes Leben zu tragen hat, Verrohung durch erlittene Gewaltanwendung sind wenige Beispiele der möglichen Schäden. Die Folgen zeigen sich im Familien- und Volksleben: Beide stehen im Zeichen feilscher Rohheit. Mißhandlung von Ehefrauen, Mißhandlung von Eltern, ja selbst Verwandtenmorde sind nur die tristensten Auswüchse dieser Volksunflut. Weit verbreiteter wirkt die Züchtigung in der Schule. Das Minderwertigkeitsgefühl im Kinde wird durch die Öffentlichkeit der Exekution noch erhöht. Bietet in der Familie die bei anderer Gelegenheit bekundete Liebe des Züchtigenden wenigstens ein schwaches Gegenmittel gegen den sich im Kinde aufblühenden Haß, so fehlt in den meisten Fällen dort auch dieses. Opfer der Züchtigung werden gerade die sensiblen, die feilsch durch ihre Konstitution und erbliche Belastung am meisten Gefährdeten — die „Ungezogenen“ und „Taugen“.

Familie und Schule müssen ein für allemal sich vom Züchtigungsrecht am Kinde lossagen. Das Kind kann ohne Prügel und Schläge, ohne Klaps und Ohrfeigen, durch verständiges, dem Alter angepaßtes Zureden und Erklären, durch Liebe und, wenn nötig, durch zeitweiliges Entziehen der Liebe durch pädagogischere „Strafen“, als Schläge, zum guten und ordentlichen Menschen im weitesten Sinne des Wortes erzogen werden. Daß es durch Prügel nicht gut geworden ist, beweist die ganze Entwicklung des letzten Jahrzehntes. Daß man aber in den Schulen ohne Prügel auskommen kann, beweist Oesterreich. Die Tat der Frau Krause, die den Prügelstock zerbrach, sollte zum Aufruf gegen die Züchtigung werden. Väter und Mütter, zerbricht ein für allemal den Prügelstock in eurem Heim, verlangt, daß er auch ein für allemal aus der Schule verschwindet. Nicht durch miferikordianse Strenge, sondern durch verständige Liebe sollen die Kinder erzogen werden. Das ist sozialistische Erziehung.

## Anziehende Fleischpreise.

### Gestierfleisch und Felle noch unberührt.

Die Fleischpreise der Zentralmarkthalle haben heute scharf angezogen. Rindfleisch, das gestern und vorgestern noch für 80 Pf. bis 1,25 M. zu haben war, wurde heute für 1,10 M. bis 1,60 M. den ersten Rälern angeboten. Schweinefleisch, dessen Preise sich in den letzten Tagen zwischen 70 Pf. und 1,10 M. bewegten, ist nicht mehr unter 1 M. zu haben. Besonders stark ist hier die Steigerung bei Schweinebauch, der bisher 70 Pf. kostete und für den jetzt 1 M. bis 1,20 M. verlangt wurde. Die Preise für Rückensteif und Lenden sind dagegen mit 1 M. konstant geblieben. Das billigste und sicherlich nicht schlechteste Fleisch, das bei richtiger Zubereitung durchaus schmackhafte Gebrateneis, hat ebenfalls seinen alten Preis von 50 bis 70 Pf. behalten. Auch Auslandspek kostete noch wie vor 1 M., während die Preise für Inlandspek sich zwischen 1,30 M. und 1,50 M. bewegen. Gestern war noch der billigste Inlandspek mit 1,20 M. erhältlich. Margarine hat ebenfalls eine geringe Preissteigerung erfahren. Für die erste Sorte wurden heute 75 Pf. für die zweite Sorte 55 Pf. gefordert, d. h. die Preise sind um je 5 Pf. gestiegen. Die Butterpreise bewegten sich heute in den Grenzen von 1,90 M. bis 2,40 M., während in den letzten Tagen die untere Grenze noch 2 M. betrug. Hier ist also eine geringe Verbilligung eingetreten. Am Gegenstand zu den recht starken Preisrückgängen auf dem Fleischmarkt sind die Preise für Kalbfleisch stabil geblieben. Auch die Gemüsepreise haben nur geringe Schwankungen erlebt.

## Der verkaufte Brillant.

### Eine russische Studentin durch Diebstahl ruiniert.

In einer Pension in der Augsburg-Strasse wohnte seit längerer Zeit eine russische Studentin, die ihren Lebensunterhalt und die Studienkosten aus dem Familienverdienst bestritt, den sie aus der Umwälzung gerettet hatte. Dieser Schmutz, auf den sie ihre ganze Zukunft aufbauen mußte, ist ihr durch einen raffinierten Diebstahl entwendet worden, so daß die Bedauernswerte, wenn sie ihn nicht wiederbekommt, vor dem Ruin steht.

Die Bedauernswerte hatte die Studentin gezwungen, auch ihre wertvollsten Stücke verkaufen zu müssen, um ihre Studien abschließen zu können, zwei Brillanten zu 85 und 10 Karat, wasserhelle Steine, denen ein gelblicher Schein noch einen besonderen Wert verleiht. Vor zwei Monaten machte die junge Dame den ersten Versuch, für diese Brillanten einen Käufer zu finden. Sie gingen leidend schon durch die Hände mehrerer großer Juweliere und sind deshalb auch schon bekannt, aber es kam zu keinem Abschluß, weil kein Händler das hohe Kaufgeld gleich zur Verfügung hatte. Am Mittwoch mittag erschien bei der Russin in der Pension ein etwa 28-30 Jahre alter, mittelgroßer Mann, der russisch mit polnischem Einschlag sprach und sich Borosoff nannte. Der Besucher sah aus wie ein ukrainischer Landmann. Er sagte, daß er von den Brillanten gehört habe, die die Dame verkaufen wolle, und bat, sie ihm einmal zu zeigen. Nachdem er sie sich angesehen hatte, erklärte er, daß er sie kaufen wolle und mit einem Gutachter wiederkommen werde. Das Geschäft sei so gut wie abgeschlossen, die Dame möge die Steine für ihn legen lassen. Um 3½ Uhr kam er denn auch mit dem Gutachter wieder, der in guter Kleidung obenüber dem „ukrainischen Bauen“ den Eindruck eines eleganten Mannes machte. Dieser sah sich die Steine mit der Lupe genau an und gab dann ein so unflüchsiges Gutachten ab, daß der „Bauer“ erklärte, sie kaufen zu wollen. Er zog keine Briefstöße und entnahm ihr hundert Dollar. Dann sagte er, die Dame möge die Steine noch eine Stunde behalten, er wolle die 100 Dollar anzahlen und das übrige Geld sofort holen. Die Steine seien endgültig gekauft. Der Schwerverwundete tat nun die Brillanten in eine Tüte und legte diese auf den Tisch. Beide

Männer empfahlen sich hierauf. Als sie kaum das Zimmer verlassen hatten, nahm die Studentin die auf dem Tisch liegende Tüte einmal in die Hand, drückte sie und wunderte sich, daß sie nachgab. Deutlich stuchte sie, öffnete die Tüte und fand darin statt ihrer Brillanten nur einen roten Fruchtbonbon. Sie schlug sofort Alarm, man eilte hinaus, aber die Gauner waren bereits spurlos verschwunden. Für die Ermittlung der Schwindler und die Wiederbeschaffung der kostbaren Steine hat die Betroffene eine Belohnung von 2000 Goldmark ausgelegt, von der ein Teil auch für die Ergreifung allein gezahlt wird. Mitteltunern nimmt Kriminalkommissar Wächter im Zimmer 293a entgegen.

## Gottfried Schulz, der Fünfundsechzigjährige.

Am 16. Februar vollendet einer der Parteiveteranen in Berlin, unser alter Genosse Gottfried Schulz, sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr. Genosse Schulz ist ein Pommer, aber der größte Teil seines Lebens, über ein halbes Jahrhundert, gehörte seinem Wirken in Berlin.

Im Jahre 1849 wurde Gottfried Schulz in Greifswald geboren als Sohn eines armen Schuhmachermeisters. Den ersten Schulunterricht machte der Tod des Vaters zur Waise, und schon der Schulfuß mußte die verwitwete Mutter, die mit vier Kindern hinkerblickte, durch Erwerbsarbeit unterstützen. In Greifswald erlernte Gottfried das Gelbfärberhandwerk, dann ging er auf die Wanderschaft und fand Arbeit in Reddenburg und später in Hamburg. Hier bot sich ihm früh Gelegenheit, sich der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Bewegung anzuschließen. Die weitere Wanderung führte ihn durch Norddeutschland — auch keine Kaiserade Greifswald berührte er, und er arbeitete dort im Maschinen- und Werkzeugbau, immer auf Organisation der Kollegen bedacht — und schließlich gelangte er Anfang der sechziger Jahre nach Berlin, wo er sich niederließ. Hier wurde unter den Metallarbeitern, die damals ihre verschiedenen Fachvereine hatten, Gottfried Schulz durch eifrige Agitations- und Organisationsarbeit bald bekannt. In den achtziger Jahren nahm er hervorragenden Anteil an den Bemühungen, die Metallarbeiter in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. — Mit derselben Treue diente er der Sozialdemokratischen Partei, an die des Sozialistengesetzes von 1878 ihn nur um so fester leitete. In jener schweren Zeit konnte die Partei zu ihrem Kampf nur ganz zuverlässige und opferbereite Genossen brauchen. Von Beschlüssen und Schikanierungen durch die Polizei blieb Genosse Gottfried Schulz nicht verschont, auch Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften und nach Papieren der erbeimten Organisation unserer Partei gab es bei ihm in reichlicher Zahl, aber niemals hatten sie Erfolg. Ältere Genossen und Genossinnen werden sich noch seiner 1918 gestorbenen Gattin erinnern, die ihm über vier Jahrzehnte ein Lebens- und Kampfesgefährtin war. Auguste Schulz, die in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten ist, hat unter dem Sozialistengesetz umhalla und treu dafür gesorgt, daß bei den 20 Hausdurchsuchungen, die Gottfried Schulz über sich ergehen lassen mußte, die Polizei nie etwas fand. Nach dem 1890 beschlossenen Sozialistengesetz landierte Genosse Gottfried Schulz bei der Reichstagswahl in Berlin I und später in Kottbus-Sprenbürg, wo er in die Stichwahl kam. Er gehörte einige Jahre dem Parteivorstand an, in den er auf dem Parteitag in Halle gewählt worden war. Im Herbst 1893 wurde er zum Berliner Stadtverordneten gewählt, damals als Vertreter des 13. Wahlbezirks der dritten Abteilung, der ein Teil von Berlin-Südost war. Seitdem hat Genosse Schulz ununterbrochen drei Jahrzehnte hindurch dem Stadtparlament angedient, unter dessen Mitgliedschaft er lebt das an „Dienstjahren“ zweitälteste ist, übertroffen nur vom Genossen Zuberl mit 32 „Dienstjahren“.

Genosse Gottfried Schulz, der jetzt fünfundsiebzigjährige kann auf eine an Mühen, aber auch an Erfolgen reiche Tätigkeit für die Arbeiterklasse zurückblicken. Dem Glückwunsch, mit dem ihn an seinem 75. Geburtstag der „Vorwärts“ drückt, werden Tausende von Genossen und Genossinnen sich freudig anschließen.

## Das silberne Zigarettenetui.

Unter der Anklage des Diebstahls hatte sich der Polizeioberwachmeister Renisch vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Im Mai vorigen Jahres war ein Kaufmann S., weil er im angeunkenen Zustande einen Schuhmann mißhandelt hatte, zur Wache mitgenommen worden. Hier wurden ihm, wie üblich, seine Sachen abgenommen, darunter eine goldene Uhr und ein silbernes Zigarettenetui. Darauf wurde er in die Zelle gesperrt. Der Schlichter J., der die Sachen abgenommen hatte, hatte es unterlassen, das vorbeschriebene Sachverzeichnis sofort aufzunehmen, vielmehr die Gegenstände seinem Nachfolger, dem Wachtmeister U. übergeben. Während dieser noch andere schriftliche Arbeiten machte, setzte sich der hinzukommende Oberwachmeister Renisch zu ihm an den Tisch und nahm als Diensttuender das Sachverzeichnis vor. Bei der Entlohnung des S. fehlte das silberne Zigarettenetui; es war auch im Verzeichnis nicht aufgeschrieben. Renisch behauptete, daß bei der Vornahme des Verzeichnisses ein silbernes Zigarettenetui nicht vorhanden gewesen sei. Er hatte sich jedoch dadurch verächtlich gemacht, daß er am nächsten Morgen in der Instruktionstunde sein unechtes Etui vorgezeigt hatte, indem er äußerte: es sehe genau so aus, wie das verschwundene silberne. Dem Wachtmeister A. hatte Renisch, wie ersterer als Zeuge befragt, geantwortet: „Wir sagen, es ist feins da gewesen, da kommt nichts weiter nach.“ Der Anzeigende behauptete auch, daß er dem diensttuenden Offizier am nächsten Morgen sofort das angebliche Abhandeln des Wertgegenstandes gemeldet habe. Dieser bestritt jedoch, daß er eine derartige Meldung erhalten habe; er habe erst von dem Vorwahr Kenntnis erhalten, als der Vater des Verhafteten zur Wache kam und Beschwerde führte. Mehrere Schuhbeamte hatten ebenfalls gesehen, daß dem Verhafteten das silberne Zigarettenetui abgenommen worden war und daß es eine Zeitlang auf dem Tisch gelegen hatte. Während Rechnungswart Theodor Liebknecht die Schuld des Angeklagten auf Grund des Indizienbeweises keineswegs für voll erweisen hielt, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß Renisch tatsächlich der Dieb sei. Die Strafkammer wies sich besonders auf die verächtlichen Äußerungen des Angeklagten und auf das Unterlassen der Meldung. Der Anzeigende wurde wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

„Voss und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Kriminalklausur im Bezirk Treptow. Das Bezirksamt Treptow hat für Sonnabend, 16. d. M., abends 7½ Uhr, im Realgymnasium Treptow, Neue Brunnen 7, einen Lieberabend veranstaltet. Die Partien wurden bestritten vom Ober-Wand-Quartett und Frau Dr. West (Wieder zur Wache). Der Antrag der Veranstaltung, für die ein Eintrittsgeld von 1 Goldmark erhoben wird, ist für die Zwecke der Kriminalklausur als billiger Person von Bedeutung. Durch Spenden aus der Gegend und von Bivalen ist es der Bezirksverwaltung seit Ende November möglich gewesen, über 2000 Personen ein warmes Mittagessen unentgeltlich zu verabfolgen.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Swering, bricht an der Hessing-Hochschule über West zu deutscher Zukunft. Bei dem Vortrag, der Sonnabend, den 16. Februar, abends 10 Uhr, im Bismarckaal des ehemaligen Perzentales, Vizepräsident Dr. A. Hoffmann, ist nur eine beschränkte Anzahl von Karten an der Abendkasse erhältlich.

## Sport.

Das Welt- und Jahrtunier hat wieder eine große Anziehungskraft auf viele Interessenten ausgeübt, denn vor irgendeiner Weltmeisterschaft, bezahllich oder unbezahlt, mit der Geduld und der Keilhaftigkeit zum Ziel, kreuzt nach Berlin zu kommen. Heute morgen fanden im Tatterhof die ersten Vorprüfungen statt und zwar sah man Schweden und Dänen in der Menge, die einer Materialprüfung unterzogen wurden. Man prüfte abteilungsweise je 3-4 und 5-6-jährige Pferde.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitslosigkeit im Reich.

Noch immer sind im Reichsgebiet annähernd 4 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter vorhanden, obwohl der Arbeitsmarkt im Januar eine mäßige Besserung zeigte. Im unversetzten Gebiet ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen vom 31. Dezember bis zum 31. Januar von 1.351.000 auf 1.429.000 zurückgegangen, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter von 645.000 auf 401.000, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige vollqualifizierter) von 1.653.000 auf 1.578.000. Zu beachten bleibt, daß nach den geltenden Bestimmungen ein wesentlicher Teil der Erwerbslosen Unterstützung nicht erhalten kann. Die Entwicklung wird aber bestätigt durch die Statistik der Fachverbände der Arbeitnehmer, die für Dezember vorigen Jahres 22,1 Arbeitslose und 24,5 Kurzarbeiter, für Januar aber 20,5 Arbeitslose und 14,8 Kurzarbeiter auf das Hundert der erfassten Mitglieder aufwies.

Im besetzten Gebiet beträgt die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter noch weit über eine Million. Unzulässig ist die Lage besonders in der Pfalz. Auch im übrigen kommt der Arbeitsmarkt der besetzten Gebiete, die früher eine Arbeitslosigkeit kaum kennen, nun zögernd wieder in Fluß, insbesondere infolge der bekannten Eisenbahnverhältnisse. Im Osten des Reichs steht das anhaltende Fortwirken einer Besserung des Arbeitsmarktes entgegen, des Landwirtschafts- und Gärtnereien, Bauhandwerk und Binnenverkehr weitgehend beeinträchtigt. Soweit die Industrie eine Besserung zeigt, ist der günstige Einfluß der beruhigten Währungsverhältnisse unverkennbar.

## Vereinbarung für Postkassen in Privatposthalterei.

Auf Grund einer früheren Vereinbarung zwischen dem Bund deutscher Posthalter und dem Deutschen Verkehrsbund wurden neue Vereinbarungen durch die Beschäftigung der Arbeitslosen notwendig. Von den Arbeitgebern wurde die neunstündige Arbeitszeit ausschließlich der Pferdepflege und für letztere eine weitere Stunde pro Tag gefordert. Durch einen Gegenantrag der Arbeitnehmervertreter kam es zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien. Der Reichsarbeitsvertrag läuft zunächst zwei Monate weiter. Der die Arbeitszeit betreffende § 2 gilt ab 10. Februar in folgender Fassung:

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pferdepflege beträgt 48 Stunden. Die Pferdepflege darf in Betrieben mit mehr als 6 Beschäftigten nicht mehr als eine Stunde, in Betrieben bis zu 6 Beschäftigten zwei Stunden täglich nicht überschreiten. Diese Pferdepflege wird mit dem tariflichen Stundenlohn vergütet.

Wird für die Arbeiter im Bereiche der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, so sind dessen Bestimmungen sinngemäß auf die privaten Posthalterei anzuwenden, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Arbeitszeit. Kommt ein solcher Tarifvertrag nicht zustande, verhandeln die Vertragsparteien innerhalb eines Monats über den Abschluß eines besonderen Tarifvertrages. Für die Bezahlung kommt die Lohngruppe VI in Frage.

## Arbeitszeitregelung der Emailer.

Am Dienstag tagte im Verbandshaus der Metallarbeiter die gut besuchte außerordentliche Branchensammlung der Emailer. Den Bericht über die letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband gab Riedel vom Metallarbeiterverband. Das Ergebnis der Verhandlungen vom 8. Februar ist ein Diktat der Unternehmer. Sie stellen die Forderungen auf, daß in wichtigen Fällen entsprechend den Bedürfnissen des einzelnen Betriebes die

Arbeitszeit pro Tag bis eine Stunde ohne Zahlung eines Ueberstundenzuschlags verlängert wird. Alle Gegenanträge der Arbeitnehmer für die Beibehaltung des jetzt bestehenden Tarifs wurden abgelehnt. Die Verhandlungskommission hatte den Schlichter noch nicht angerufen, weil erst die Branchenversammlung besetzt werden sollte. — In der Diskussion wurde betont, daß am nächsten Freitag unbedingt festgehalten werden müsse. Alle Kräfte müssen nun aufgegeben werden, damit die nach unorganisierten Emailerarbeitern dem Verband zugeführt werden. — In seinem Schlußwort betonte Riedel, daß den Emailerern drei Wege offen ständen: entweder das Ergebnis anzunehmen oder zur Schlichtungsausschuss anzurufen oder das Verhandlungsergebnis abzulehnen. In letzterem Falle würde ein tariflicher Zustand eintreten. Schließlich wurde das Verhandlungsergebnis gegen jeden Protest angenommen.

## Generalversammlung der Buchbinder.

Am Mittwoch, den 13. Februar, nahm die Generalversammlung der Buchbinder den Geschäfts- und Situationsbericht vom Bevollmächtigten Rasper entgegen. Der Redner strich zunächst den Buchdruckerstreik und kam dann auf das Verhalten der „Opposition“ zu sprechen. Jede Versammlung im vergangenen Jahre setzte zu Unmuten aus. Man mußte schließlich die Organisation reinigen und den Schritt tun, vor dem man bisher zurückgeschreckt war. Die Krise innerhalb der Organisation ist nun überwunden und der Buchbinderverband befindet sich auf dem Wege der Gesundung. Bismarck gab dann den Kassenbericht und stellte fest, daß zurzeit noch circa 5000 Kollegen arbeitslos sind. Die rege Diskussion bewegte sich allgemein im Sinne des Referenten. — W. E. wurde als Branchenleiter der Salanterieschlaggruppe und Mitglied der Ortsverwaltung einstimmig bestätigt. Ferner wurde eine Kommission zur Situationsberatung gewählt. Ein Misstrauensantrag gegen die Ortsverwaltung wurde mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt; dagegen aber folgende Resolution mit circa 300 gegen 5 Stimmen angenommen: Die am 13. Februar 1924 tagende Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter, Jobststelle Berlin, nimmt Kenntnis von den Vorkommnissen innerhalb der Jobststelle, sie stellt fest, daß Mitglieder des Verbandes nur diejenigen sein können, welche das Verbandsstatut, die Beschlüsse der O.V., des V.B. und der Generalversammlungen anerkennen.

Alle diejenigen Mitglieder, welche Maßnahmen propagieren, durch welche eine Schädigung der Organisation bezweckt wird, stellen sich außerhalb der Organisation.

Als verbandschädigend wird angesehen wer Parteiparolen über das Statut und die Generalversammlungsbeschlüsse stellt. Ferner steht die Generalversammlung die Propagierung und Befolgung der Beitragsperre als höchst verbandschädigend an.

Die Generalversammlung billigt daher die Maßnahmen der O.V. und des V.B. und erwartet von allen Delegierten und Funktionären, daß sie alle Angriffe auf die Einheit der Organisation mit aller Entschiedenheit abwehren.

## Generalversammlung der Sattler.

In der Generalversammlung des Sattler-, Tapezierer- und Drechselvereins am 14. Februar teilte Blume zunächst mit, daß die Arbeitgeber das Lohnabkommen für die Lederwarenindustrie ebenfalls angenommen haben. Die Bewegung hat damit ihren Abschluß gefunden.

In den Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung beantragten die Unternehmer, die 48-Stundenwoche beizubehalten, falls notwendig jedoch täglich eine halbe bis eine Stunde längere Arbeitszeit erlauben zu können. Weitere Ueberarbeit soll mit den Betriebsvertretungen vereinbart werden können. — Die Verhandlungen sind noch nicht beendet.

Die fortgeführte Aussprache über „die Weimarer Konferenz“ ergab wenig Neues. Die kommunistisch einseitigen Redner trachten die alten Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften vor. Gerhardt vom Hauptverband stellte die in Rußland von Lenin und die in England von der Arbeiterpartei betriebene Politik in Parallele. Die Arbeitsgemeinschaften hätten schon deshalb nicht das gewünschte Ergebnis gebracht, weil die Arbeiterschaft in ihnen keine einheitliche ge-

schlossene Meinungsrichtung vertreten wollte. Dadurch verschob sich das Machtverhältnis zum Schaden der Arbeitnehmer. Die angebliche Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften ist nicht auf die Unfähigkeit der Führer, sondern auf die geistige Verfassung der Mitgliedschaften zurückzuführen. Dies sei bedauerlich eine Folge des wirtschaftlichen Niedergangs; besser würde es, wenn die Arbeiterschaft ihre Einstellung aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge ableitete. Blume schloß sich in längeren Ausführungen mit dem Ergebnis der Weimarer Konferenz kritisch auseinander. Nachdem noch eine Reihe Redner gesprochen hatten, wurde die Debatte geschlossen, worauf Müller die Versammlung wiederum vertagte. Eine neue Generalversammlung wird nunmehr die Neuwahl der Ortsverwaltung vornehmen.

## Lohnregelung im Bergbau.

Bei den Lohnverhandlungen am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium einigten sich die Tarifparteien aus dem Bergbau- und Metallbereich, Sachsen, Niederdeutschland, Abrißarbeiten und Mitteldeutschland dahin, die für die erste Februarhälfte in Geltung gewesenen Löhne bis auf weiteres fortbestehen zu lassen. Für den niederdeutschen Steinkohlenbergbau wurde ein Schiedspruch gleichen Inhalts gefällt.

## Der Achtstundentag in Belgien bleibt.

Der Antrag des früheren Verteidigungsministers Devoe auf Abänderung des Achtstundentages wurde von der Kammergruppen mit 137 gegen 20 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen abgelehnt. Somit bleibt der Achtstundentag in Belgien bestehen.

## Die russischen Gewerkschaften 1922/23.

Die Mitgliederzahl der russischen Gewerkschaften stieg, wie der Ost-Express meldet, von 4.546.000 am 1. Oktober 1922 auf 5.541.000 (d. h. um 21,9 Proz.) am 1. Oktober 1923. Am stärksten konnte die Zunahme des Industrie- und Bergbauarbeiter in Petersburg und im Donezgebiet verzeichnet werden: 50 Proz. der gesamten Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf diese zwei wichtigsten Industriezentren Rußlands. Die stärkste Zunahme weisen die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie mit 84,2 Proz., die Zuckerindustrie mit 54,8 Proz., die Bauarbeiter mit 40,2 Proz. und die Sowjetarmee mit 35,7 Proz., die kleinste der Eisenbahner mit 3,8 Proz. auf.

Deutscher Holzarbeiterverband. Für Einseher gesperrt sind die Bauten der Firma Borlat, Rautstr. 1 und Uhlendstr. 102. Die Ortsverwaltung.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark ist mit dem Eintritt der Kälte wie im vorigen Winter gestiegen. Die letzten statistischen Aufzeichnungen weisen für Dänemark etwa 56.000 Erwerbslose auf, eine im Vergleich zu Schweden verhältnismäßig hohe Ziffer.

Die dänischen Arbeitgeber, deren Hauptverband zum 1. Februar den Arbeitern den Kampf angelegt hatte, hat im Laufe des Januar Einzelverhandlungen zugelassen, die zum Teil zu einer Erneuerung der geltend gemachten Tarife führten, zum Teil noch schweben, nirgends aber den Arbeitgebern den zuerst so strikte verlangten Lohnabbau brachten.

Die englischen Dofarbeiter haben mit den Unternehmern auch jetzt noch keine Verständigung erzielt. Die Aussprache wird heute nachmittags nochmals ausgenommen. Falls in der letzten Minute nicht noch ein Vergleich zustande kommt, so ist mit dem Ausbruch des Streiks, an dem sich 110.000 Arbeiter beteiligen werden, für morgen zu rechnen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. D. Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Justiz: R. S. Föhler; Solches und Sonstiges: Felix Kaufmann; Ausland: H. Glöck; Kunst: Emilie in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

# Extra-Verkauf in Herren- und Knaben-Hosen

Wir bringen aus unserer bedeutend vergrößerten Abteilung Herren- und Knaben-Konfektion vom 16. bis 23. 2. einen Extraverkauf in Herren- und Knaben-Hosen zu staunend billigen Preisen. — Einige Beispiele:

Großer Posten Herren-Stoff-Hosen	in versch. mod. Streif.	10,50, 7,75, 6,50,	5 <sup>95</sup>
Ein großer Posten Herren-Kammgarn-Hosen	Erst- u. Maßarb., beste Qualität	Zutate 27,00, 21,00,	17 <sup>50</sup>
Manchester-Herren-Hosen	heute Verarbeitung, prima Qualität	18,50, 14,90,	13 <sup>75</sup>
Manchester-Herren-Breeches	guter Schnitt	21,50,	15 <sup>75</sup>
Herren-Stoff-Breeches	in verschiedenen schönen Mustern, haltbare Stoffe	10,50, 8,75	7 <sup>95</sup>

Sonnabend den 16. d. Mts. Schlusstag der „Weißen Woche“

Pilot-Hosen	halbhare Qualität	8,50,	5 <sup>75</sup>
Ein großer Posten Jünglingshosen	vorzügliche Stoffe	4,90	4 <sup>90</sup>
Knaben-Hosen	aus haltbar. Stoffen, Größe 7 bis 12	6,25, 5,50,	3 <sup>50</sup>
Knaben-Manchester-Hosen	Größe 7 bis 12	8 <sup>25</sup>	8 <sup>25</sup>
Knaben-Leibchen-Hosen	aus Manchester- u. anderen haltbar. Stoffen, Größe 0 bis 6	5,95, 4,75,	3 <sup>50</sup>

Große Spezialabteilung für Berufsbekleidung jeder Art

Beachten Sie bitte unsere Spezialfenster

Auf unser reichhaltig sortiertes Lager in Herrenstoffen machen wir ganz besonders aufmerksam

# H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55

Willst Du Deinem Mann was kaufen, mußt zu **Hosen-Anders** laufen. Berufsbekleidung, Strickwesten, Trikotasen, Socken, Taschentücher. **A. Anders, Beusselstr. 25**

**Leder - billig!**  
Sämtliche Oberleder, Nähmaschine - Cronpond, Cronpond zum Nageln.  
**Berthold Kuttner**  
Reichenbergerstr. 14. (1 - 3. gef. 1)

**Bettwäsche**  
Wäsche für Leinwände, Tischwäsche, Frontierwäsche.  
Deckbettbezüge, Kopfkissen, Bettdecken, Bettlaken, Bettdecken.  
Handtücher, Hemdenstücke, Damaste.  
1/2 m l. Linsen, Zuchen, Nessel.  
Kaf. erdecken, Küstlerdecken, Tischdecken, Servietten.

# Hosen

Außergewöhnlich billig!

Englisch-Lederhosen	3,95 (im. an)
Gestreifte Hosen	4,50
Ersatz für Maß	9,50
Elegante Hose nach Maß	14,50
Elegante Umschlag-Hosen	4,50
Stoff-Breeches	3,35
Manchester-Breeches	8,85
Manchester-Hosen, lang	8,85
Feldgraue Hosen	4,75

**Hosen-Zentrale**  
nur Schöneberg, Goltzstraße 7  
Achten Sie genau auf Straße (Goltzstraße) und Haus (7)  
Fahrgeld wird vergütet.

Altes Spezialgeschäft in **Rammethaar-Schlaf-Rei-Decken** Dr. Hofagen, Stimpfen, Stripes, billige Kopfspr., **Gebirder Pflaume** Berlin SW, Friedrichstr. 205, Ed. Zimmerer.

**Zähne** 1 und 2 Goldmark  
Kronen u. Brückenzähne v. J. Goldmark an. Weigelande 3 Jahre-Garantie Teilzahl. und gestattet. Zahnziehen bei Bestellung von Gebiß gratis.  
Vorzeiger 10 Proz. Rabatt!  
**Zahn-Praxis Halvani**  
Danziger Straße 1 (Ecke Schönhauser Allee).

**Gardinen**  
Sonderangebote u. Gelegenheits-Käufe in Resten Stores, Bettdecken, Heides und Kleidermaschinen.  
Neukölln, Bergstr. 57 am Rinebahnho.

**Billigste Preise!**  
und größte Auswahl!  
Engl. gestreifte Hosen 5,95  
Gestreifte Hosen 9,--  
Breeches-Knaben 5,50  
Breeches-Knaben 2,25  
**Blaue Arbeits-Anzüge**  
Blaue Einsehnungs-Anzüge 22,--  
München-Gladbacher **Hosen-Zentrale**  
NW 37, Beusselstr. 39, am Rinebahn.  
Fahrgeldvergütung

**Neukölln**  
Herrnstr. 11, 1. d. erm. 11

**Volkskleidung Hosen**  
Gummiantel, Sport-Anzüge, Manchester u. Loden, Hemden, Socken, Unterhosen, Berufsbekleidung, Gute Ware! Billigste Preise!  
**Gerh. Köhnen**  
Neukölln, Hermannstr. 16/17

**Zigaretten!**  
weit unter Fabrikpreis, rein orientalisches heller Tabak, dick.  
Königinn Saba 3,50 M.  
Larissa ohne 10, Gold 12, N. p. Mill.  
Kalon ohne 11, Gold 12, N. p. Mill.  
**Große Frankfurter Str. 33**  
am Strassenberg PL. O. schäftig. 12-7

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!